

AUF RUF GROSSKUNDGEBUNG

DEMONSTRATION FÜR EINE POLITISCHE UND DEMOKRATISCHE LÖSUNG DER KURDISCHEN FRAGE.

Der schreckliche Krieg in Kurdistan wird zum Akt der Auslöschung. Die gesamte kurdische Bevölkerung wird unter dem Vorwand der " Terrorismusbekämpfung " vom türkischen Staat bedroht. 20 000 Menschen verloren in den 10 Jahren des Krieges ihr Leben. Die allermeisten als Zivilisten. Über 1000 Dörfer und auch Städte wurden gewaltsam entvölkert und zerstört. Noch im Mai 1994 wurden 74 Orte dem Erdboden gleichgemacht. Über 2 Millionen Menschen vorwiegend der Landbevölkerung befinden sich auf der Flucht im eigenen Land. Zuletzt flohen 35 000 Flüchtlinge nach Südkurdistan (Irakisch - Kurdistan) .

Die türkische Regierung verlegte noch im März 1994 zusätzlich 150 000 Soldaten in das Kriegsgebiet. Damit sind es insgesamt 500 000 Militärs, die zu einer erklärten Generaloffensive gegen die Kurdinnen und Kurden antreten. Mit dieser Politik ereignet sich die blutige Fortsetzung der Vernichtungsmaßnahmen des osmanischen Reiches, die 1905 mit dem Massaker an 1,5 Millionen Griechen und 1915 an 3 Millionen Armeniern grausame Wirklichkeit wurden. Es handelt sich, damals wie heute, um Völkermord, der geleugnet und verschwiegen wird. Auch für die Türkei sind die Konsequenzen jedenfalls im politischen und wirtschaftlichen Bereich unabsehbar negativ : die Inflation beträgt nunmehr 130 % , die Preise für Nahrungsmittel sind innerhalb eines Jahres um das Dreifache gestiegen, und 1/3 des Staatshaushaltes müssen aufgewendet werden, um die Vernichtung der Kurden zu finanzieren.

Diese Politik der verbrannten Erde wird maßgeblich von westlichen Staaten geduldet und gefördert. Ganz wesentlich ist dabei die Hilfe der Bundesregierung. Ohne diese gesamte Unterstützung könnte der türkische Staat seinen Krieg nicht fortsetzen. Doch besonders die Bundesregierung ergreift neben der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hilfe für den türkischen Staat, die Beihilfe zum Völkermord bedeutet, obendrein Maßnahmen gegen die in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden. Deren Kriminalisierung und Stigmatisierung soll verhindern, daß sie ihre eigene Kultur ausüben und ihre Identität finden. Und diese Maßnahmen schrecken nicht davor zurück, die Rechte auf Demonstrations- und Versammlungsfreiheit einzuschränken. Die Presse- und Meinungsfreiheit zu begrenzen - und damit einen schweren Schlag selbst gegen die eigene Demokratie zu führen. Blind genug darin, nicht erkennen zu wollen, daß alle diese Mittel nichts an der Unterstützung für ihre Befreiungsbewegung ändern werden. Nicht einmal die geplanten Auslieferungen der Abgeschobenen an den türkischen Staat, die wir dennoch verhindern müssen.

Trotz aller Vernichtung und Unterdrückung haben die Kurdinnen und Kurden den festen Glauben an die Möglichkeit von Frieden, Freiheit und ihren Widerstandskampf nicht verloren. Diesen festen Willen zu einer demokratischen und politischen Lösung ihrer Sache haben die Kurden und ihre legitimen Vertreter oftmals auf Veranstaltungen in der Bundesrepublik und zuletzt auch auf der Internationalen Nordwestkurdistan - Konferenz in Brüssel (12. 13. März 1994) bekundet. Die kurdische Frage, die internationale Bedeutung gewonnen hat, braucht gerade jetzt diese Orientierung, an einer zivildemokratischen Lösung.

Die westlichen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, sind ihrer Verantwortung für die Ereignisse gerade aufgefordert, jetzt ihren ganzen Einfluß innerhalb der NATO, der KSZE und der UN einzusetzen, um die Türkei zur sofortigen Achtung der Menschenrechte, zur unverzüglichen Außerkraftsetzung aller Notstands- und Sondergesetze, zur Anerkennung der kurdischen Identität und zum Dialog mit den verantwortlichen Vertretern der Kurden zu veranlassen. Wir rufen die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik auf, sich an der Demonstration für eine demokratisch - politische Lösung in Kurdistan zu beteiligen.

Wir fordern :

- Die Verurteilung der Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat in Kurdistan und Türkei
- Den sofortigen Stopp der deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei
- Keine Abschiebung von Kurdinnen und Kurden in die Türkei
- Aufhebung des Verbots gegen kurdische Organisationen und Vereine in Deutschland
- Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes

Frankfurt am Main
Rebstockgelände 11 Uhr
25. Juni 1994

Hans Brandscheid (medico international)
RA Ronte, Frankfurt
RA Biskamp, Frankfurt

Unterstützer des Aufrufs:
Darmstädter Solidaritätskomitee Kurdistan e.V.
Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Darmstadt
ASTA der TH Darmstadt
Walter Erb (IG Metall-Sekretär) Darmstadt